

ANFRAGE Stadträtin Sabine Zürn (Die Linke) Stadtrat Niko Fostiropoulos (Die Linke) vom 10.09.2010	Gremium: Termin: Vorlage Nr.: TOP:	16. Plenarsitzung Gemeinderat 16.11.2010 552 9 b öffentlich
Google Street View: Schutz der Bürgerinnen und Bürger in Wohngebäuden, die im Besitz der Stadt oder städtischer Gesellschaften sind		

1. Teilt die Stadtverwaltung den Protest und die Befürchtungen vieler Fachkreise, Datenschützer/-innen und Bürger/-innen, dass die Abbildung vor allem von Wohngebäuden beim Onlinedienst Google Street View
 - a) einen bedenklichen Eingriff in die Privatsphäre dort wohnender Bürger/-innen darstellt?
 - b) auch die Gefahr erhöht, dass diese Informationen missbraucht werden - und damit die Sicherheit für von Street View erfasste Wohngebäuden und Bürger/-innen gefährdet wird?
2. Sieht sich die Stadtverwaltung entsprechend in Verantwortung gegenüber Bürger/-innen, die in Liegenschaften der Stadt und ihrer Gesellschaften, v. a. der VOLKSWOHNUNG wohnen?
3. Ist nach Auffassung der Stadtverwaltung die Entscheidung der Gemeinde Kronau zu begrüßen, gegen die Veröffentlichung von gemeindeeigenen Wohngebäuden bei Google Widerspruch einzulegen?
4. Wird die Karlsruher Stadtverwaltung ebenfalls in diesem Sinne tätig werden und
 - a) Widerspruch gegen die Abbildung von Wohngebäuden in eigenem Besitz einlegen?
 - b) bei städtischen Gesellschaften, v. a. der VOLKSWOHNUNG, darauf hinwirken, dass diese Widerspruch beim Onlinedienst Google Street einlegen gegen die Abbildung von Wohngebäuden, die sich in ihrem Besitz befinden?
 - c) Wenn nein, warum nicht?

5. Ist die Stadtverwaltung bereit, im Rahmen ihrer medialen Möglichkeiten und Zuständigkeiten in der Karlsruher Öffentlichkeit aufklärend zu wirken, v. a. dahingehend, alle Widerspruchsmöglichkeiten gegen die Abbildung von Wohngebäuden in Street View zu nutzen?
 - a) Wenn ja, wie ?
 - b) Wenn nein, warum nicht?

6. Wird sich die Stadtverwaltung z. B. im Deutschen Städtetag dafür einsetzen, dass die Rechte der Bürger/-innen auf Schutz ihrer Privatsphäre gegenüber Google und seinem Online-Dienst Street View gestärkt werden?
 - a) Wenn ja, wie ?
 - b) Wenn nein, warum nicht?

Sachverhalt/Begründung:

Bundesweit steht Google in der Kritik wegen des Online Dienstes Street View. Datenschützer/-innen, Organisationen und Bürger/-innen sehen die individuelle Privatsphäre verletzt und befürchten Gefährdungen der individuellen Sicherheit.

Das Bundesland Sachsen-Anhalt bietet seinen Bürger/-innen über die Webseite seines Verwaltungsamtes ein Formular an, mit dem diese ihr Recht auf Privatsphäre gegenüber Google geltend machen können.

Die Gemeinde Kronau hat als erste Kommune in der hiesigen Region gegen die Abbildung gemeindeeigener Gebäude (Wohnungsgebäude) Widerspruch eingelegt.

Die Stadt Karlsruhe und ihre Gesellschaften stehen als Besitzer/-innen v. a. von Wohngebäuden in der Pflicht, Bürger/-innen vor der Verletzung der Privatsphäre und möglichen Gefährdungen durch die Abbildung in Street View zu schützen. Das betrifft v. a. die VOLKSWOHNUNG.

Daneben sollte die Stadt ihre medialen Möglichkeiten nutzen, die Bürger/-innen über ihre Widerspruchsrechte aufzuklären. Und die Stadt sollte selbst z. B. im Deutschen Städtetag aktiv werden, um die Rechte der Bürger/-innen gegenüber dem Onlinedienst Google Street View zu stärken.

unterzeichnet von:

Sabine Zürn

Niko Fostiropoulos

Hauptamt - Sitzungsdienste -

5. November 2010